

Gemeinderatsbeschlüsse September 2026

2. Oktober 2026

Hier finden Sie die Beschlüsse des Gemeinderates vom 01. September 2026

Umfassende Informationen zu den Beschlüssen finden Sie [hier](#).

Gemeinderatssitzung vom 22. September 2026

Neues Pikettreglement

Der Gemeinderat genehmigt das totalrevidierte Pikettreglement. Es vereinheitlicht die Organisation und Zuständigkeiten der bestehenden Pikettdienste. Neu wird auch im Bereich Liegenschaften ein Pikettdienst eingeführt. Die Anpassungen führen zu jährlichen Mehrkosten von rund 79 000 Franken. Die Mehrkosten im Alters- und Pflegezentrum werden durch Einsparungen bei den temporären Springerkosten kompensiert. Mit der Inkraftsetzung per 1. Oktober 2026 entstehen 2026 nicht budgetierte Mehrkosten von rund 26 400 Franken.

Plafonierung des Stellenplans

Der Stellenplan der Gemeindeverwaltung und die damit verbundenen Personalkosten sind in den vergangenen Jahren gewachsen. Bis eine Personalstrategie und ein Personalcontrolling vorliegen, begrenzt der Gemeinderat deshalb das weitere Stellenwachstum. Neue Stellen sollen grundsätzlich nur noch in definierten Ausnahmefällen geschaffen werden, freiwerdende Stellen können weiterhin besetzt werden. Die Plafonierung gilt bis zur Verabschiedung der Personalstrategie.

Externe Unterstützung im Bereich Liegenschaften

Da die Nachfolge der frei gewordenen Stelle des Bereichsleiters Liegenschaften noch nicht besetzt werden konnte, wird die Vakanz vorübergehend durch die Firma EBP überbrückt. Gleichzeitig analysiert sie die Organisation des betreffenden Bereichs und erarbeitet Massnahmenempfehlungen. Der Gemeinderat bewilligt dafür einen Kredit von 130 000 Franken. Der Einsatz ist von September 2026 bis längstens März 2027 vorgesehen.

Kontrolle der Verpflichtungskredite

Der Gemeinderat nimmt das aktuelle Controlling der Verpflichtungskredite zur Kenntnis. Die von der Gemeindeversammlung oder an der Urne genehmigten Kredite liegen innerhalb der bewilligten Beträge. Bei einzelnen vom Gemeinderat bewilligten Krediten sind hingegen Überschreitungen eingetreten oder werden erwartet. Bei diesen Projekten werden die Ursachen und die weitere Kostenentwicklung geprüft und wenn möglich Massnahmen ergriffen, um die Mehrkosten zu begrenzen.

Anpassung der Rechnungslegung im APZ Breiti

Das Alters- und Pflegezentrum Breiti (APZ) passt seine Rechnungslegung rückwirkend per 1. Januar 2026 an. Künftig gelten für die Finanzbuchhaltung und die Kostenrechnung dieselben Grundsätze nach ARTISET, dem Branchenverband der Dienstleister für Menschen mit Unterstützungsbedarf. Dies vereinfacht die Abläufe und erhöht die Transparenz.

Halteverbote für Elterntaxis vor Schulhäusern

Um die Schulwegsicherheit insbesondere während der Bring- und Abholzeiten zu verbessern, sollen vor den Bassersdorfer Schulanlagen zeitlich beschränkte Halteverbotszonen eingeführt werden. Die Kantonspolizei Zürich unterstützt die Massnahme. Der Gemeinderat erlässt die dafür erforderlichen Verkehrsanordnungen.

Finanz- und Aufgabenplan 2026–2030

Der Gemeinderat genehmigt den Finanz- und Aufgabenplan 2026–2030. Dieser sieht Investitionen von rund 95 Mio. Franken vor, insbesondere in Schule, Hochwasserschutz, Sport und weitere Infrastruktur. Der Steuerfuss bleibt bei 114 Prozent. Die laufenden Einnahmen decken die Ausgaben. Die geplanten Investitionen können jedoch nur rund zur Hälfte aus eigenen Mitteln finanziert werden. Dadurch steigen die langfristigen Darlehen bis Ende 2030 voraussichtlich auf rund 72 Mio. Franken und nähern sich der Obergrenze von 75 Mio. Franken. Der finanzielle Handlungsspielraum bleibt damit begrenzt. Der Gemeinderat wird die Investitionen deshalb weiter priorisieren und zeitlich abstimmen, damit die Finanzierung langfristig tragbar bleibt.

Gesamtstellenplan APZ Breiti

Der Gemeinderat genehmigt einen Gesamtstellenplan für das Alters- und Pflegezentrum Breiti (APZ). Dieser umfasst neu alle Bereiche und vereinfacht damit die Personalplanung. Innerhalb des bewilligten Rahmens kann die Zentrumsleitung den Personaleinsatz künftig nach Belegung und Pflegebedarf steuern. Mit der Neuregelung ist kein Stellenausbau verbunden. Gegenüber dem Vorjahr sind insgesamt 0,6 Vollzeitstellen weniger vorgesehen, die Lohnkosten bleiben stabil.

Gemeinderat Bassersdorf